Friedrich Naumann FÜR DIE FREIHEIT

Wahlprogramm zur Landtagswahl 1994

der Freien Demokratischen Partei Landesverband Sachsen

(Kurzfassung)

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D2-2729 Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-243

Das Wahlprogramm Landtagswahl 1994



Ludwig Martin Rade Spitzenkandidat der sächsischen F.D.P. bei der Landtagswahl



Die bürgerliche Alternative

Sachsen braucht die Liberalen, damit die Macht geteilt wird!

Ludwig Martin Rade

Spitzenkandidat der F.D.P. Sachsen, 54 Jahre, verheiratet, wohnhaft in Meißen

Thesen für das Programm der F.D.P. Sachsen zur Landtagswahl 1994

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger,

nach vier Jahren christdemokratischer Alleinregierung wurden viele Erwartungen nicht erfüllt. Es wird offensichtlich, daß demokratische Regeln nicht optimal wirken können, wenn eine Partei allein regiert. Vier Jahre lang hat die sächsische F.D.P. alle Möglichkeiten einer Oppositionspolitik im Landtag genutzt, um auf Probleme im Freistaat aufmerksam zu machen und Lösungen vorzuschlagen. Auch künftig wollen wir in Sachsen die anstehenden Aufgaben bewältigen, Entwicklungen vorantreiben, unser Wissen und unseren Sachverstand deutlich einbringen. Mut zur Ehrlichkeit, Wissen, Engagement und Kontinuität - das ist unser liberaler Anspruch.

Wir Freien Demokraten wollen keine absolute Mehrheit der christdemokratischen Landesregierung. Wir wollen in Sachsen liberale Politik gestalten und Verantwortung für den Freistaat tragen.

Wir Freien Demokraten stellen uns allen Fragen, aber wir bleiben Realisten und wissen, daß nicht alle Probleme gleichzeitig gelöst werden können. Wir setzen dabei im politischen Handeln Prioritäten.

Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die eine schnelle Umsetzung von Investitionen in zukunftssichere Arbeitsplätze ermöglicht und nicht schon an bürokratischen Hürden scheitert. Wir stehen für einen Staat mit deutlich weniger Bürokratie, weniger Vorschriften und Gesetzen, der Innovationen nicht verhindert und dafür auf mehr Eigenverantwortung des Bürgers setzt.

Wir wollen eine Rechts- und Sicherheitspolitik, die dem Bürger die freiheitliche Ausübung seiner Rechte garantiert und Kriminellen eine effektivere Staatsgewalt entgegenstellt.

Wir fördern eine ziel- und bedarfsgerechte Bildungspolitik. Dazu gehört die leistungsgerechte Förderung begabter Schüler und Studenten.

Wir wollen eine Sozialpolitik, die den wirklich Bedürftigen Hilfe gibt.

Wir wollen starke Kommunen, in denen sich die Menschen wohl fühlen können.

Wir sind für den Erhalt und die Förderung der sächsischen Kulturlandschaft.

Lesen Sie die Kurzfassung unseres Wahlprogrammes 1994. Wir bitten Sie - gehen Sie zur Wahl und geben Sie Ihre Stimme den Freien Demokraten.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Günther
(F.D.P. -Landesvorsitzender)

Joadiner Thurther

Ludwig Martin Rade (Vorsitzender der F.D.P.-

hidwig H. Radi

Wirtschaft und Umweltschutz

Der Abbau von Arbeitslosigkeit hat für die Freien Demokraten Priorität. Dabei gehen wir in der Arbeitsmarktpolitik Sachsens vom Grundsatz aus: Die Schaffung von Arbeitsplätzen hat Vorrang vor der Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Nur eine leistungsfähige Wirtschaft garantiert auf Dauer wettbewerbsfähige Arbeitsplätze.

Neue Arbeitsplätze werden geschaffen durch:

- flexible Arbeitszeiten nach unternehmerischen und persönlichen Erfordernissen. Dazu gehört auch eine Neuordnungdes Ladenschlusses.
- eine verantwortungsbewußte und maßvolle Tarifpolitik,
- die energische Bekämpfung von Schwarzarbeit,
- die Chancen der exportierenden deutschen Wirtschaft im offenen Binnenmarkt der Europäischen Union.

Die F.D.P. tritt für eine liberale Mittelstands- und Unternehmenspolitik ein. Wir unterstützen dabei besonders das Handwerk und Gewerbe sowie die Freien Berufe, denn in diesen Bereichen werden die meisten zukunftssicheren Arbeitsplätze geschaffen.

Die sächsische F.D.P. fordert daher:

- Beschäftigungsgesellschaften erhalten nur solche öffentlichen Aufträge, die von ortsansässigen mittelständischen Unternehmen nicht geleistet werden können.
- die Gewährleistung der Chancengleichheit für kleine und mittelständische Unternehmen durch das öffentliche Auftragswesen,
- schnellere Vermarktung von Liegenschaften der Treuhand für mittelständische Unternehmen,
- die zügige Abgabe von Militärliegenschaften zu Preisen entsprechend den Haushaltsregelungen des Bundes.

Die sächsische F.D.P. unterstützt die Forderung der Bundespartei, für ostdeutsche Produkte eine Mehrwertsteuerpräferenz einzuführen. Diese Präferenz sollte auf fünf Jahre befristet und degressiv gestaltet sein. Sie läßt sich aus Subventionskürzungen finanzieren. Wirtschaft braucht Innovationen, braucht Technologien, die sie wettbewerbsfähig machen. Technologiepolitik ist der Motor des wirtschaftlichen Strukturwandels.

Deshalb fordert die sächsische F.D.P.:

- Förderung und Erschließung der Märkte in Osteuropa, vor allem für sächsische Unternehmen,
- die Verbesserung des Technologietransfers von den Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen,
- die Anpassung technologiepolitischer Förderinstrumente, zum Beispiel Erarbeitung eines Programms zur Bereitstellung von Darlehen für Entwicklungseinrichtungen und -projekten.

Tourismus ist derzeit eine der wenigen Wachstumsbranchen. Die F.D.P. will Sachsen zum Reiseland mit hohem Freizeitangebot machen und die Branche vor allem durch einen gezielten Fremdenverkehrsinfrastrukturausbau fördern.

Sachsen steht vor der Herausforderung, gravierende ökologische Altlasten in kurzer Zeit abzubauen und die Umwelt zu revitalisieren. Die sächsische F.D.P. will erreichen, daß ein Konzept für eine Siedlungs-, Wirtschafts- und Verkehrsstruktur verwirklicht wird, das den Menschen eine höhere Lebensqualität als bisher sichert.

Deshalb treten wir für eine vorsorgliche Umwelt- und Raumpolitik ein, die sowohl die Nutzung als auch den Schutz der Umwelt für künftige Generationen gewährleistet. Als unverzichtbare Punkte zur Umsetzung dieser Politik fordern wir sächsischen Liberalen für den Bereich Wasserwirtschaft eine bedarfsgerechte Versorgung mit Trinkwasser nach Menge und Qualität zu verträglichen Preisen,

- Angleichung des Niveaus der Abwasserbehandlung an das Niveau der alten Bundesländer,
 Revitalisierung der sächsischen Oberflächengewässer, kein Ausbau der Elbe mittels Staustufen.
- Die sächsische F.D.P. ist für eine vorrangige Sanierung kontaminierter Flächen, von denen eine Gefährdung für Mensch und Tier ausgeht.

Wir unterstützen in der Abfallwirtschaft den weiteren Erhalt und Ausbau des Mehrwegsystems und der Wiederverwertung in vielfältigster Form. Wir sind für den Bau von thermischen Abfall- und Klärschlammbehandlungsanlagen mit dem Ziel der Verringerung des Deponieraumes.

Einen großflächigen oder die Naturlandschaft gravierend verändernden Abbau von Gesteinen, Kiesen oder Sanden lehnen die sächsischen Liberalen ab.

Wir Freien Demokraten unterstützen die Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffbelastung, zum Beispiel durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Tschechischen und Polnischen Republik, um Schadstoffemissionen zu reduzieren.

Im Bereich der Siedlungspolitik setzt sich die sächsische F.D.P. ein für eine Konzentration der Raumplanung auf die Entwicklungsachsen und Entwicklung regionaler Unter- und Mittelzentren als Grundlage für die künftige Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur sowie für die Zusammenführung moderner technischer Infrastruktur.

Wir Freien Demokraten treten für einen sparsamen Umgang mit dem unvermehrbaren natürlichen Flächenpotential und eine verstärkte Einbeziehung von Industriebrachen in das Bauflächenangebot ein.

Trinkwasserschutz-, Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete müssen erhalten bleiben.

Die sächsischen Liberalen sind für eine Agrarpolitik, die die Existenz leistungs- und wettbewerbsfähiger Betriebe unabhängig von ihrer Rechtsform ermöglicht. Besondere Unterstützung muß dabei der umweltgerechten Produktion zukommen. Landschaftspflegerische Leistungen der Landwirte müssen angemessen honoriert werden.

Innen- und Rechtspolitik

Die innere Sicherheit ist ein Garant für die Demokratie. Liberale Innenpolitik bedeutet für die sächsische F.D.P den Freiraum des einzelnen zu schützen, aber das Gewaltmonopol des Staates nicht anzutasten. Die Nähe des Staates zu seinen Bürgern ist entscheidend für das demokratische Staatswesen. Deshalb fordert die F.D.P. eine bürgernahe Polizei.

Die Ausstattung der Polizei und ihre Stärke müssen dem Sicherheitsbedürfnis des Bürgers entsprechen. Die F.D.P. verlangt daher die Besetzung aller offenen Stellen, eine leistungsgerechte Entlohnung und Investitionen in Ausbildung und Ausrüstung. Auch Seiteneinsteiger müssen eine Chance zum Polizeidienst bekommen.

oder die Behandlung von Bagatellsachen. Diese Tätigkeiten können auch von Zivilangestellten ausgeführt werden. Die Polizei muß in den Außendienst. Deshalb fordert die F.D.P. eine Entlastung der Polizei von nichtpolizeilichen Aufgaben.

Die Polizei ist durch zu viel Innendienst überlastet, wie zum Beispiel das Schreiben von Protokollen

Damit die Polizei als Ansprechpartner für den Bürger wieder zur Verfügung steht, setzt sich die sächsische F.D.P. für die Einführung eines flächendeckenden Systems von "Kontaktbereichsbeamten" ein.

Die organisierte Kriminalität nutzt allzu oft die Freiräume der Demokratie. Autoschieber, Drogendealer oder illegale Waffenhändler sind eine Gefahr, der entschieden begegnet werden muß. Deshalb tritt die sächsische F.D.P. für eine konsequente Bekämpfung der organisierten Kriminalität ein. Dazu muß auch das Abhören dringend Tatverdächtiger in Wohnungen mit elektronischen Mitteln unter Beachtung rechtsstaatlicher Kriterien erlaubt sein.

Für die Verfolgung und Ahndung geringfügiger Straftaten soll zum Zweck der Entlastung der Strafverfolgungsbehörden und der Gerichte das Opportunitätsprinzip erheblich erweitert, d.h. ein besonderes Schnellverfahren eingeführt werden.

Verbrechensbekämpfung hört nicht an der Landesgrenze auf. Die "grenzüberschreitende Nacheile" ist notwendig. Internationale Polizeikommissionen sollen gemeinsam das Verbrechen grenzüberschreitend bekämpfen.

Die F.D.P. stellt in der Auseinandersetzung mit der Jugendkriminalität liberale Positionen der Jugendarbeit in den Vordergrund.

Dazu gehören:

- der Verherrlichung von Gewalt muß stärker als bisher Einhalt geboten werden,
- sachliche Information über Extremismus und dessen Ursachen ist dringende Aufgabe aller Bildungseinrichtungen und demokratischen Gruppierungen im Freistaat,
- verstärkte Dialoge mit extremistischen Jugendgruppen auf kommunaler Ebene.

Die F.D.P. fordert für Sachsen einen zweistufigen Verwaltungsaufbau ohne Mittelbehörden und damit die Abschaffung der Regierungspräsidien.

Die F.D.P. tritt ein für eine überschaubare Landes- und Gebietsstruktur unter Berücksichtigung der völkerschaftlichen Besonderheiten der Sorben und die Gewährleistung ihres Rechts auf Schutz und Erhaltung ihrer Identität.

Die F.D.P. setzt sich für die Rechte der Verfolgten des Stalinismus und des DDR-Regimes ein, wobei eine Beschleunigung des Rehabilitierungsprozesses und der Wiedergutmachung gefordert wird.

Bau- und Wohnungspolitik

Die F.D.P. vertritt in der Wohnungspolitik die Überzeugung, daß ein breites Angebot verschiedener Wohnformen die beste Grundlage für die freie Entwicklung der Bürger ist. Der Bildung und Erhaltung von Wohneigentum wird die vorrangige Unterstützung zuteil.

Die sächsische F.D.P. fordert deshalb:

- die Aktivierung des privaten Wohneigentums durch den weiteren Ausbau der Förderung unter Ausnutzung aller direkten und indirekten Fördermöglichkeiten besonders für Familien mit mittlerem Einkommen,
- für privaten Wohnungs- und freien Mietwohnungsbau ausreichend Flächen auszuweisen und mit der Erschließung Privatfirmen zu beauftragen,
- die Privatisierung der über den sozial notwendigen Umfang noch im kommunalen Besitz befindlichen Wohnungen an Mieter zügig zu beginnen oder fortzuführen,
- Unterstützung von "Mieterkaufprojekten" beim Kauf restitutionsbelastender Häuser durch die bisher darin Wohnen den über den Weg des Investitionsvorranges und bei der Privatisierung auf der Basis des Kleingenossenschaftsgedankens,
- die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Erhebung von Fehlbelegungsabgaben bei sozialem Wohnraum,
- Umkehrung der Objektförderung in eine Subjektförderung,
- Förderung von Modernisierung und Instandsetzung durch den Mieter im Einvernehmen mit dem Vermieter.
- Vermeidung von Durchgangsverkehr in Wohngebieten,
- Älteren Menschen muß ein selbstbestimmtes Leben gewährleistet werden. Daher brauchen wir ein ausreichendes Angebot an altersgerechtem und behindertengerechtem Wohnraum.

Die sächsische F.D.P. fordert erleichterte Verfahren und Bedingungen für sächsische Firmen beim Erwerb von Gewerbeimmobilien sowie Grund und Boden. Die Rückübertragung von Grundstücken ist zügiger zu entscheiden, um nicht Milliarden an Investitionen zu blockieren.

Wir sächsischen Freien Demokraten fordern mehr Unterstützung für private Haus- und Grundbesitzer bei ihren Initiativen zur Sanierung und Schaffung von Wohnraum durch stärkere Berücksichtigung bei der Vergabe von Fördermitteln.

Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Geistiges Kapital war immer eine tragende Säule der sächsischen Wirtschaft. Deshalb vertritt die sächsische F.D.P. nicht nur das Bürgerrecht auf Bildung, sondern fordert und fördert Konzepte für die Nutzung und Stärkung des geistigen Potentials im eigenen Land.

Daher fordert die F.D.P.:

- eine ausreichende Förderung von begabten Schülern und Studenten,
- neben einem breit angelegten, effizienten Schul- und Hochschulwesen auch Raum für Schulen in freier Trägerschaft.

system, in dem die hohe Qualität der Abschlüsse ebenso wie die der Übergänge garantiert ist. Sächsische Abschlüsse sollen bundes- und europaweit anerkannt werden.

Freie Demokraten treten ein für ein leistungsfähiges und vielgliedriges Aus-, Fort- und Weiterbildungs-

Bildungspolitik muß das Gleichgewicht von akademischer und beruflicher Bildung herstellen. Akademikerüberschuß einerseits, Facharbeitermangel andererseits bringen den Arbeitsmarkt aus dem Lot. Auch Facharbeiter brauchen Aufstiegschancen, deshalb ist unter anderem die Meisterausbildung zu fördern.

Bildungspolitik schließt Persönlichkeitsentwicklung ein. Humanität, Toleranz, Normen-, Werte- und Rechtsempfinden stellen für Liberale unverzichtbare Erziehungsziele dar. Die Schule soll durch interkulturelle Erziehung und durch Umwelterziehung Einfluß auf den Umgang Heranwachsender mit Menschen und Natur nehmen.

Um das Verständnis der vielfältigen Problematik insbesondere in den neuen Bundesländern zu fördern, sollte die Einführung eines Rechtskundeunterrichts in Erwägung gezogen werden.

Die inhaltliche Ausgestaltung der allgemeinbildenden Schulen, besonders aber der Mittelschulen, betrachtet die sächsische F.D.P. als vorrangige Aufgabe.

Sie fordert daher:

- erst nach eingehenden wissenschaftlichen Untersuchungen soll über die Plazierung und Aufgaben der Orientierungsstufe (Klassen 5 und 6) entschieden werden,
- das Vollabitur soll nach zwölfjähriger Schulzeit landeseinheitlich mindestens in den Fächern Deutsch und Mathematik, zwei Fremdsprachen und zwei naturwissenschaftlichen Fächern abgelegt werden.

Die sächsische F.D.P. fordert die Zusammenlegung der Staatsministerien für Kultus sowie Wissenschaft und Kunst zu einem Ministerium.

Die F.D.P. besteht darauf, daß Behinderte ihren besonderen Befähigungen entsprechend aus- und weitergebildet werden. Förderschulen müssen im Freistaat Sachsen jede notwendige Unterstützung erhalten.

Eine effektive Wirtschaft kann auf die duale Berufsbildung nicht verzichten. Wir setzen uns daher für eine qualitativ und quantitativ verbesserte Personal- und Technikausstattung an den Berufsschulen, Berufsfachschulen, beruflichen Gymnasien und Fachschulen ein.

Die zweiphasige Lehrerausbildung muß daraufhin überprüft werden, ob sie den theoretischen wie den praktischen Berufsanforderungen entspricht. Die sächsische F.D.P. befürwortet Modellversuche einer stärker praxisorientierten Lehrerbildung.

Kultur- und Medienpolitik

Die sächsischen Liberalen schätzen den Beitrag von Kunst und Kultur zur Ausprägung der Individualität. Die F.D.P. betrachtet Kunst und Kultur als unverzichtbare Lebenselemente. Ihre freie Entfaltung darf nicht behindert werden.

Eine der vornehmsten Aufgaben von Kommune und Freistaat muß die Erhaltung der einzigartigen Kulturlandschaft Sachsens sein, allerdings unter Maßgabe der Mitverantwortung des Bundes bis zum Zeitpunkt einer finanziellen Festigung der Gemeinden und Länder.

Kultur soll für den Bürger bezahlbar bleiben, ohne zum subventionierten Wegwerfobjekt zu werden. Ein "Kulturgroschen", erhoben auf Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen, tut niemandem weh - könnte aber Kulturprojekte fördern .

Kulturförderung beginnt mit der Kulturerziehung in Familien, Kindergärten und Schulen. Land und Kommune müssen dafür sorgen, daß das Leben in und mit Kultur gewährleistet ist.

Durch die Förderung der Begegnung zwischen Künstlern und Kindern, sowie die Förderung aller künstlerischen Aktivitäten (Pausenhofgestaltung, Schultheater, Literatur- und Leseförderung, Kunst in öffentlichen Gebäuden) können und müssen Berührungsängste abgebaut werden.

Ohne Wirtschaft keine Arbeitsplätze und kein Geld. Ohne Geld keine Kultur. Und: ohne Kultur kein attraktiver Wirtschaftsstandort. Daher bedürfen freiberuflich tätige Künstler und Kunsthandwerker in Sachsen ebenso wie andere Existenzgründer Start-, Investitions- und Überbrückungshilfen.

Die F.D.P. fördert Breiten- und Vereinssport, um allen Bürgern die Möglichkeit einer gesunden Lebensweise zu bieten und der Jugend sinnvolle Wege der Lebensgestaltung und persönlichen Entwicklung zu ermöglichen. Auch der Behindertensport bedarf der besonderen Beachtung.

Die Freiheit der Medien ist unantastbar. Sie ist ein Grundrecht der Demokratie. Dem entspricht nach liberaler Überzeugung die Pflicht der Medien zur verantwortungsbewußten Wahrnehmung dieses Rechts.

Daher fordert die F.D.P.

- öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten haben parteiunabhängig zu arbeiten,
- von den Medien im Freistaat Sachsen eine strikte Selbstkontrolle hinsichtlich der Darstellung von Gewalt,
- in Erfüllung des Bildungsauftrags öffentlich-rechtlicher Anstalten die Einführung eines Schulfunks im MDR,
- die Schaffung eines deutschen Medienrates nach dem Beispiel des Presserates unter der Prämisse der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung der Fernsehanstalten.

Die sächsische F.D.P. betrachtet es als gesellschaftliche Aufgabe, mehr kulturelle Angebote, Bildungsangebote und eine sinnvolle Freizeitgestaltung als Alternative zum Fernsehen zu schaffen. Denn: Sachsens Kinder und Jugendliche sitzen bundesweit die längste Zeit vor dem Fernseher.

Kommunalpolitik

Kommunalpolitik als die Wurzel demokratischen Zusammenlebens berührt den Bürger in seinem Lebensbereich unmittelbarer und einschneidender als Maßnahmen auf den übrigen Ebenen staatlichen Handelns.

Diesen Grundsatz einfordernd, tritt die sächsische F.D.P. ein für

- mehr Möglichkeiten der Bürger, auf kommunalpolitische Entscheidungen durch anerkannte ehrenamtliche Mitarbeit Einfluß nehmen zu können,
- die öffentliche Tagung von Ausschüssen sowie die Durchführung von Bürgerversammlungen auf kommunaler Ebene. Nur so sind kommunale Entscheidungen nachvollziehbar.
- die Verringerung des Verwaltungsaufwandes in allen Bereichen der Bürger durch Gesetze, die einfach, verständlich und übersichtlich sind,
- die weitere Privatisierung mit dem Ziel, daß kommunale Aufgaben durch private Betriebe, insbesondere durch den örtlichen Mittelstand, wirtschaftlicher erfüllt werden können. Die Kommunen sollen sich wirtschaftlich nur dann betätigen, wenn die Privatwirtschaft keine gleichwertigen oder besseren Lösungen anbicten kann.

Städte und Gemeinden sollen attraktiver werden. Wir wollen Stadtzentren, in denen Menschen wohnen, arbeiten, einkaufen, sich erholen. Bei der Städtesanierung sollen daher bürgernahe Innenstädte entstehen. Wir fordern, daß keine weiteren Einkaufszentren im Außenbereich genehmigt und genchmigte, aber noch nicht gebaute, "innenstadtfreundlich" überplant werden.

Verkehrspolitik

Ziel der Verkehrspolitik der sächsischen F.D.P. ist es, die Mobilität für den Personen- und Güterverkehr umweltgerecht zu sichern. Mobilität ist eine wesentliche Grundvoraussetzung, ohne die es die gegenwärtigen Lebensbedingungen in allen Regionen und eine hohe Lebensqualität in einer modernen Industriegesellschaft nicht geben könnte. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Freistaat Sachsen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und die Erschließung des Fremdenverkehrs.

Daher fordert die sächsische F.D.P.:

- dem Ausbau von Verkehrswegen ist unter Berücksichtigung der Tradition Sachsens als Transitland gegenüber dem Neubau der Vorrang einzuräumen. Auf die Planung neuer Verkehrswege ist überregional so Einfluß zu nehmen, daß eine annehmbare Verkehrsverknüpfung gewährleistet wird.
- bei der verkehrstechnischen Weiterentwicklung und beim weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind die Umweltbelange langfristig zu berücksichtigen. Die vom Gesetzgeber geforderte ökologische Bewertung von Verkehrsprojekten ist umfassend und rechtzeitig zu diskutieren. Die zulässigen Grenzwerte für Lärm, Abgase und Energiebedarf sind schrittweise zu reduzieren.

Auf Grund der langen Planungs- und Ausführungszeiten bei Verkehrsprojekten tritt die sächsische F.D.P. für Entscheidungen ein, die auch in den nächsten Legislaturperioden noch tragbar sind. Die Planungs- und Genehmigungszeiten sind stärker zu überwachen. Zur Sicherstellung der Wettbewerbsbedingungen fordern die sächsischen Liberalen die öffentliche Ausschreibung von Verkehrsleistungen.

Die Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-GVFG) sind fortzuführen. Die Möglichkeit der Umschichtung von nicht vollständig ausgenutzten Finanzmitteln ist vorzusehen.

Die sächsische F.D.P. fordert eine attraktivere Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), der aber auch weiterhin finanzierbar bleiben muß. Die Angebote des ÖPNV sind den regionalen Bedürfnissen und Gewohnheiten anzupassen.

Die Schaffung von Verkehrsverbunden ist zu beschleunigen.

Die sächsische F.D.P. fordert:

ein Fahrschein - ein Tarif und eine Region - ein Fahrplan.

Für die Binnenschiffahrt sind die vorhandenen Wasserstraßen in geeigneter Weise auszubauen bzw. effektiver zu nutzen.

Die Infrastruktur der Flughäfen, unter Einbeziehung der Regionalflughäfen, ist bedarfsorientiert auszubauen. Die Flughäfen Dresden und Halle/Leipzig sind an das Schienennetz des Fern- bzw. Nahverkehrs anzuschließen.

Sozialpolitik

Ein wesentliches Anliegen liberaler Gesellschaftspolitik ist die soziale Absicherung. Liberale Sozialpolitik zielt auf soziale Sicherheit unter Wahrung und Stärkung der persönlichen Freiheit. Liberale Sozialpolitik will keinen Wohlfahrtsstaat. Ihr Ziel ist die soziale Sicherstellung von Bürgern im höheren Lebensalter, sozial Schwächeren, Behinderten und Kranken. Ihnen muß die besondere Aufmerksamkeit im Freistaat Sachsen gelten.

Daher unterstützt die sächsische F.D.P.:

- auf Bundesebene die schnellstmögliche Angleichung der Altersrenten und insbesondere der Kriegsopfer- und Hinterbliebenenrenten in Sachsen an das Niveau der Altbundesländer. Die Zurückstufung
 der Rentenhöhe von früher im öffentlichen Dienst der DDR Beschäftigten wie Lehrer, Fachkräfte im
 Gesundheitswesen, aber auch Angehörigen der technischen Intelligenz stellt eine Mißachtung der
 aktiven Arbeit dieser Menschen dar.
- die Förderung privater Seniorenheime und Seniorengenossenschaften,
- den Ausbau eines Systems von Sozialstationen in unterschiedlicher Trägerschaft,
- den Ausbau von Bürgerberatungsstellen in den Kommunen.

Die sächsische F.D.P. fordert und unterstützt:

- den Abbau der Niveauunterschiede zwischen Ost und West in der Gesundheitsbetreuung,
- den Auf- und Ausbau ambulanter Pflegeeinrichtungen für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke.
- den höheren gesellschaftlichen Stellenwert sozialer und pflegerischer Berufe.

In Sachsen sollte es keine Obdachlosen geben. Die Freien Demokraten drängen auf die Schaffung von Obdachlosenunterkünften in den Kommunen. Die gesellschaftliche Wiedereingliederung sollte an eine feste Ortsbindung gekoppelt werden. Überdies sollen die betreffenden Ansprüche nur jenen Obdachlosen zugute kommen, die in dieser Gemeinde geboren wurden oder seit längerer Zeit ansässig sind.

Familienpolitik

Die Familie als gesellschaftliche Institution hat die wesentliche Verantwortung für die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Ihr muß in der Zeit eines Umbruchs in unserer Gesellschaft um so mehr geholfen werden. Besondere Unterstützung sollten Alleinerziehende erhalten.

In der Kinderbetreuung setzt sich die sächsische F.D.P. ein für

- den Erhalt der Kindertagesstätten entsprechend dem Bedarf,
- für eine qualifizierte Kinderbetreuung von den ersten Lebensjahren an,
- für ein ausreichendes Angebot für Ganztagsbetreuung an den Schulen.

Wir Liberalen fordern ein ausreichendes Angebot institutionell geförderter Frauenhäuser und Hilfe für mißhandelte und sexuell mißbrauchte Kinder und Jugendliche.

Frauenpolitik

Die Chancengleichheit für Mann und Frau gehört zu den selbstverständlichen Grundsätzen liberaler Politik. Frauen und Männer müssen entsprechend ihrer Ausbildung und ihrem Können gleichberechtigte Chancen in Beruf, Gesellschaft und Familie erhalten. Erst die Gleichberechtigung von Männern und Frauen bei Familien- und Erziehungsaufgaben verbessert die Chance für Frauen, Familie und Beruf miteinander zu verbinden.

Die sächsische F.D.P. fordert erhöhte Anstrengungen zur Verbesserung von Aufklärung und Verhütungsberatung .

Die sächsische F.D.P. fordert den Abbau des hohen Anteils von Frauen an der Arbeitslosigkeit in Sachsen unter anderem durch:

- die Anerkennung von Teilzeitarbeit und Vollerwerbstätigkeit als gleichwertige Beschäftigungsformen,
- spezielle Umschulungs- und Qualifizierungsangebote für Frauen jeden Alters,
- Abbau von Beschäftigungshemmnissen für Frauen.

Jugendpolitik

Die Entwicklungschancen der Jugendlichen müssen durch Förderung von Eigeninitiativen, Mitwirkung und Selbstverantwortung verbessert werden. Junge Menschen brauchen viel Freiheit, aber auch stabile soziale Bindungen. Politik für Jugendliche ist heute insbesondere eine Hilfe bei Ausbildungsund Beschäftigungsmaßnahmen. Damit soll den Jugendlichen eine Perspektive im eigenen Land vorgezeigt, soll einer weiteren Abwanderung von Jugendlichen vorgebeugt werden.

Daher fordert die sächsische F.D.P.:

- die Ausweitung des Angebotes an Sport, Vereinen, Jugendtreffs und Jugendfreizeitstätten auch durch freie Träger,
- ein landesweites Sanierungskonzept für die Erhaltung der bestehenden Bildungs- und Sporteinrichtungen im Freistaat.Freie Demokraten wissen, daß Spitzensport auch eine Werbung für die Heimat ist. Wir brauchen wieder Leistungsträger in unserem Land.
- den engagierten Einsatz des Landes und der Kommunen zur Lösung von Sucht-, Alkohol- und Drogenproblemen bei Jugendlichen sowie beim Umgang mit Rechts- und Linksextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt im allgemeinen.

Mittelständige Unternehmen sollen so gefördert werden, daß sie an der Berufsbildung interessiert sind. In Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern sind in Sachsen tragfähige Lösungen zu schaffen, die im Hinblick auf ein vereintes Europa zu Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung, zu Chancengleichheit sowie Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt führen.

Mit den Liberalen hat Sachsen eine Zukunft

Ausgehend von der jetzigen, sich ständig verändernden politischen Situation in Europa und der Welt braucht Sachsen eine zukunftsorientierte liberale Politik.

Als Region mit osteuropäischen Nachbarn kommt Sachsen in Deutschland eine Schlüsselrolle für die friedliche und stabile Entwicklung Europas zu.

Daher fordert und unterstützt die sächsische F.D.P.:

- daß sich der Freistaat Sachsen den Nachbarländern, die vor ungleich größeren Problem stehen, als helfender Partner versteht.
- die verkehrstechnische Erschließung und Einbindung Sachsens in das europäische Verkehrsnetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen, kulturellen und touristischen Möglichkeiten im grenzoffenen Europa,
- die Förderung und den Ausbau von "Euro-Regionen" in Sachsen,
- die Gründung öffentlicher europäischer Schulen, an denen Sachsens Kinder mehrsprachig geschult und erzogen werden.

Ein Wort zum Schluß

Wir stehen zur Zeit vor großen Herausforderungen. Kritische Bürgerinnen und Bürger verlangen Ehrlichkeit, klare Antworten, mehr Bescheidenheit und Selbstkritik von Politikern.

Wir Liberalen in Sachsen sagen: Wer es jedem Recht machen will, der macht es verkehrt. Die Politik muß Vertrauen zurückgewinnen.

Für dieses Programm stehen unsere sächsischen F.D.P.-Kandidaten im Landtagswahlkampf

Ludwig Martin Rade

Angelika Freifrau von Fritsch

Dr. Günter Hielscher Konrad Felber

Hans-Jürgen Kennerknecht

Daines Davis alemane

Reiner Deutschmann Volker Seifert

Holger Zastrow

Dr. Gudrun Reichelt

Dr. Wolfgang Lingk

und weitere Kandidaten